

# Expertisebildung heißt es wahrhaben wollen – nationale Software-Autonomie bis 2029 als Teil der nationalen Souveränität. Ein Denkanstoß

Beatrix Palt, Michael Dost, Andreas Stemick & Team

Dieser Beitrag beschreibt „es nicht wahrhaben wollen“ als Ursache für die bislang ausbleibende Verbindung von innerer und äußerer Sicherheit als Grundlage für nationale (digitale) Souveränität. Aus politischer und gesellschaftlicher Perspektive wird staatsrational begründet und aus dem Koalitionsvertrag abgeleitet, die vertikale (Bund, Länder bis hinunter zu jeder einzelnen Person) und horizontale (Ministerien für Digitales, Inneres, Äußeres, Finanzen und Verteidigung) Verbindung von innerer und äußerer Sicherheit als politische, technologische und gesamtgesellschaftliche Aufgabe beschrieben.

Als Argumentationsgrundlage wird Artikel 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland herangezogen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, der Menschenbild und Menschenrechtsverständnis definiert und Leitfaden für politisches, gesellschaftliches und technologisches Handeln ist. Die Verankerung der Menschenwürde in Art. 1 GG und das darauf basierende Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung begründet eine staatliche Schutzpflicht, digitale Lebensgrundlagen resilient zu gestalten und so die Integrität innerer wie äußerer Sicherheit zu sichern.

Angesichts der politischen und ideologischen Auseinandersetzung der Systeme wird darauf verwiesen, dass selbst innerhalb von Demokratien unterschiedliche Menschenbilder und Menschenrechtsverständnisse zu beobachten sind (z. B. libertär), die unterschiedliche Zielvorstellungen zur Ausgestaltung von Demokratien nach sich ziehen und gezielt umsetzen wollen. Ignorieren wir diese und gehen – gewollt oder ungewollt, bewusst oder unbewusst – Partnerschaften mit Akteuren ein, die nicht unserem Menschenbild entsprechen, riskieren wir, politisch, technologisch und gesellschaftlich unterwandert und/oder ausgehebelt werden zu können. Unterschiedliche Menschenbilder und Menschenrechtsverständnisse „nicht wahrhaben wollen“ wird damit zum Grundproblem.

Indem in diesem Papier ein gemeinsamer gesamtgesellschaftlicher Steuerungskreis über die Ressorts vorgeschlagen wird, wird formal dem Koalitionsvertrag entsprochen und ein Finger in die Wunde gelegt, dass innere und äußere Sicherheit bislang nicht verbunden sind – auch nicht mit Blick auf eine nationale Software-Autonomie, die in diesem Papier beispielhaft durchgespielt wird. Dass der Schwenk auf eine Open-Source-Strategie nur eine Facette dessen ist, was eine gesamtstaatliche Steuerung erforderlich macht, wird anhand der Umpriorisierung (Sicherheit vor Business Case) der Unternehmen klargemacht, bei denen der Staat Anteilseigner ist. „Nicht wahrhaben wollen“ scheint sich bei allen Beteiligten als roter Faden durchzuziehen. Die Güteabwägung, die der Staat nun treffen muss, weil ein staatsrationaler Ansatz mit Blick auf unser grundgesetzlich verbrieftes Menschenbild

verstörend anmuten muss, verdeutlicht den Zielkonflikt: Wie sieht die Schrittfolge aus, wie die Balance, die auszurufen ist, um unser Menschenbild und unser Menschenrechtsverständnis zu schützen und zu erhalten.

Zur Wahrung unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung sind Autonomie und Selbstbestimmung wesentliche Faktoren. In Bezug auf das Erreichen einer nationalen Software-Autonomie bis 2029 wird darauf basierend eine Open-Source-Strategie beschrieben, die über deutsche Patente national und auf Europa ausgerollt werden kann. Dazu werden bestehende Open-Source-Produkte auf nationaler Ebene weiterentwickelt und zertifiziert. Ein risikobasierter Ansatz zur Priorisierung der Umsetzung wird vorgestellt, der kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen umfasst.

Langfristig wird der Aufbau einer Open Source GmbH in Deutschland vorgeschlagen, die unter der operativen Koordination des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) steht. Diese soll die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern bündeln und die technologische Unabhängigkeit sicherstellen.

Das Dokument betont die Bedeutung einer sicheren und souveränen IT-Infrastruktur „made in, made by Germany and made for Germany“ für die nationale Sicherheit und die Notwendigkeit, technologische Abhängigkeiten zu minimieren.

Das hier vorgelegte Papier ist ein Denkanstoß.

Der Artikel ist veröffentlicht als Band 6 der Schriftenreihe: INP/Beatrix Palt (Hrsg.). Schriftenreihe Jenseits der Begrenztheit – Projekte anders denken, Horizonte erweitern, Egestorf, 24.07.2025. ISSN 1865-6137

Download pdf. unter <https://inp-hamburg.com/inp-wissenschaft/>

Kontakt: INP Institut für Nachhaltiges, Prof. Dr. Beatrix Palt, [info@inp-hamburg.com](mailto:info@inp-hamburg.com)